

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Oktober II 2017



Haushalt 2018: Türkei-Gelder kürzen!

Wofür soll die EU im Jahr 2018 ihre Haushaltsmittel einsetzen? Darüber stimmt das Europäische Parlament in dieser Woche ab. "Das Hauptgewicht des EU-Budgets 2018 soll auf der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung liegen. Wir wollen mehr Geld für Forschung, Bildung und die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ausgeben", sagte Markus Ferber. "Die sogenannte Vorbeitrittshilfen für die Türkei wollen wir als Parlament spürbar kürzen", sagt Ferber. "50 Millionen Euro streichen wir ganz, 30 weitere frieren wir bis auf weiteres ein. Das ist ein Anfang. Das Europäische Parlament sendet damit ein deutliches Signal, dass wir angesichts der Entwicklungen in der Türkei und den Menschenrechtsverletzungen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen werden."

Mord an maltesischer Journalistin zügig aufklären

Nach dem Mord an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia hat das Parlament kurzfristig eine Debatte über die Medienfreiheit und den Schutz von Journalisten anberaunt. Die Journalistin war für ihre Arbeit über die Panama-Papiere, Korruption und Drogenhandel bekannt. Malta steht nicht erst seit der Ermordung der Journalistin Daphne Caruana Galizi wieder im Fokus. „Steuervergütung für Gewinne ausländischer Firmen, attraktivste Regelungen für Glücksspiel - die kleine Mittelmeerinsel

hat ein breit gefächertes Steuer- vermeidungsmodell entwickelt, das nichts dem Zufall überlässt. Das zeigen die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu den Panama Papers deutlich“, so Ferber, der Mitglied im Untersuchungsausschuss ist. „Ich erwarte jetzt von der maltesischen Regierung eine enge Zusammenarbeit mit der EU bei der Aufklärung des Anschlags und in sämtlichen Steuerfragen.“ Ferber fordert insbesondere beim Verkauf von Staatsbürgerschaften und im Online-Glücksspielsektor rigoros aufzuräumen. „Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade der Online-Glücksspielsektor ein beliebtes Instrument zur Geldwäsche ist und das Programm zum Erwerb von Staatsbürgerschaften ein Einfallstor für organisierte Kriminalität in den europäischen Binnenmarkt darstellt. Solange die EU dieses innereuropäische Problem toleriert, sind wir international nicht glaubwürdig“, so der Europaabgeordnete.

Schnelles EU-weites Verbot gefährlicher Substanzen

Neue psychoaktive Substanzen sollen schneller EU-weit verboten, die Herstellung und der Verkauf strafbar werden – so wie bei herkömmlichen Drogen. Das Europäische Parlament stimmte in Straßburg mehrheitlich für einen entsprechenden Gesetzentwurf. Damit will die EU die wachsende Gesundheitsgefahr durch neue chemische Substanzen bannen. Neue psychoaktive Drogen werden zunächst legal vertrieben - oft als Kräutermischung, Badesalz oder Reinigungsmittel -, bis die

Behörden sie geprüft und als gefährlich eingestuft haben. „Dieser Prüfprozess soll mit den neuen Regeln nun drastisch verkürzt werden“, so Markus Ferber.

Neues europäisches Ein- und Ausreisensystem

„Ich hatte bereits mit Einführung des Schengener Abkommen für ein einheitliches Einreisensystem in die EU geworben. Die Mitgliedstaaten haben ein solches System zu lange blockiert“, so Markus Ferber, anlässlich der Abstimmung über ein Ein- und Ausreisensystem für Drittstaatsangehörige. „Egal wann und wo Nicht-EU-Bürger in die EU einreisen, sollen sie künftig registriert und überprüft werden.“ Das neue Einreise-Ausreisensystem (EES) wird Informationen wie Name, Fingerabdrücke, Gesichtsbild, Datum und Ort der Einreise und Ausreise registrieren. „Dies gilt sowohl für visumpflichtige als auch für von der Visumpflicht befreite Reisende, die die Außengrenzen des Schengen-Raums überschreiten“, so Ferber. „Europa muss den Schutz seiner Außengrenzen ohne Einschränkung sicherstellen. Dazu gehören nicht nur illegale Grenzübertritte nach Europa unmöglich zu machen, sondern auch mit einem Register zu kontrollieren, wer in die EU einreist. Es ist höchste Zeit, dass die EU den Austausch von Ein- und Ausreiseinformationen einführt und damit zu einem Europa beiträgt, das uns schützt und verteidigt.“ Die Daten von Personen, denen die Einreise verweigert wird, werden drei Jahre lang gespeichert, um zu verhindern, dass sie über eine andere Grenze einreisen.



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

